

Zeitung



des Großherzogthums Baden.

Im Verlage der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Freitag den 23. März.

A u s l a n d.

I t a l i e n.

Die Allg. Zeit. enthält zur Berichtigung einiger aus Französischen Blättern von ihr entlehnten Briefe aus Bologna folgenden, als eingesandt bezeichneten, aus Bologna vom 7. d. datirten Artikel: Das Oesterreichische Militairkommando in den Legationen enthält sich auf das gewissenhafteste und strengste jeder auch noch so geringfügigen Einmischung in die Verwaltung des Landes. Dieses wäre ein Eingriff in die Souverainetätsrechte des Papstes. General Hrabowski hat daher nie einen Paß, noch viel weniger 768 Pässe ausgefertigt. Die Römische Polizei hat allein das Recht, Pässe zu ertheilen oder zu verweigern, sonst Niemand. Die von der Päpstlichen Regierung ertheilten Pässe werden von dem Offizier des Platzkommando's nur mit einem Visa versehen, damit der Reisende in denjenigen Stationen, wo er Oesterreichisches Militair trifft, keine weitem Anstände finde. — General Hrabowski giebt keine Gesellschaften. — Drohungen und Proklamationen sind hier zwar Lieblingsbeschäftigungen müßiger Pflastertreter; allein es ist für sie kein Anlaß vorhanden, ihren Wiß an den Oesterreichischen Truppen zu üben, da ihre treffliche Disciplin ihnen die Achtung selbst ihrer entschiedensten Gegner in einem hohen Grade verschafft hat. Auch befahl General Hrabowski, dergleichen Drohungen oder Aufrufe, wenn sie wirklich gesehen würden, nicht zu achten und nicht zu unterdrücken. Hieraus geht klar hervor, daß an allen Verläumdungen des Französischen Journals, wie so oft, keine wahre Sylbe ist.

Die Korrespondenten der Pariser revolutionären Journale hier und in Forli sind bekannt; es sind Menschen, die mit der öffentlichen Verachtung gebrandmarkt, und selbst von den heftigsten Anhängern des Liberalismus verachtet sind. So lange also die Französischen Journale ihre Nachrichten aus so trüben Quellen schöpfen, verdienen sie nicht die mindeste Beachtung. — Ganz anders benehmen sich die Französischen Truppen in Ankona. Nachdem sie auf die völkerrechtswidrigste, in neuern Zeiten ganz unerhörte Art Ankona überfallen, die Päpstliche Garnison entwaffnet, und (mitten im tiefsten Frieden) für Kriegsgefangen erklärt, auch der Päpstlichen Kavallerie die Pferde abgenommen hatten, nachdem Obrist Combes des 66. Regiments, mit dem Degen in der Hand, in das Quartier des Obristen Lazzarini gedrunken war, und die Festung mit Sturm zu nehmen gedroht hatte, glaubte General Cubieres diese Gewaltthaten mit einer schönen Proklamation wieder gut zu machen. Er behält indessen deren Früchte; die erbeuteten Pferde, wie Ankona selbst, sind in den Händen der Franzosen. Die dreifarbige Fahne weht auf den Wällen, wie in einer eroberten Stadt, die Festungsarbeiten werden mit Thätigkeit betrieben. Ankona ist der Sammelplatz aller revolutionären Schwindelsköpfe. Orlandi, der von der Regierung als einer der vorzüglichsten Meuterer verbannt war, ist nach Ankon zurückgekehrt, und Cubieres geht Arm in Arm mit ihm spazieren. Man verlangte vom Prolegaten die Freilassung zweier Staatsverbrecher; er antwortete, dies stehe nicht in seiner Macht, und wenn General Cubieres darauf beharre, so müsse er vorher in Rom Instruktionen einholen. Cubieres antwortete: Die-

seß solle er sich ersparen, denn hier habe der Papst nichts zu befehlen, sondern er (Cubieres). Da die Franzosen sich in diesem Tone ausgesprochen, so blieb dem Römischen Hofe aus doppelten Gründen nichts übrig, als die Regierung der Mark Ankona nach Dfimo zu verlegen, 1) um sich den fortwährenden Anmaßungen der Franzosen in Ankona zu entziehen, nachdem sie sich als alleinige Herren daselbst betragen, 2) um der ganzen Welt zu zeigen, daß der Papst gegen die völkerrechtswidrige Okkupation der Franzosen feierlich protestirt hat, daher seine Behörden von jedem Orte, wo sie erscheinen, zurückzieht, und seine Souverainetätsrechte daselbst auszuüben aufhört.

Die Mailänder Zeitung meldet aus Ankona vom 29. Februar: „Gestern sind auf höhern Befehl die Veteranen-Compagnieen und die Dragoner, die einzigen in der Stadt zurückgebliebenen Päpstlichen Truppen, von hier abgegangen. Der Dienst in der Citadelle wird jedoch fortwährend von den Französischen und Päpstlichen Truppen gemeinschaftlich versehen.“

F r a n k r e i c h.

Paris den 9. März. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Diskussion über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen fortgesetzt. General Lafayette ging nochmals auf eine allgemeine Untersuchung der auswärtigen Angelegenheiten ein. Er erklärte, Hr. Perrier scheine ihm die Juliusrevolution nicht begriffen zu haben, und gab dann seine bekannte Ansicht von der Souverainetät des Französischen Volkes; namentlich erklärte sich der General gegen Perrier's Ansicht, als ob die Juliusrevolution weiter nichts, als die Erfüllung der Wünsche und Meinungen der Opposition unter der Restauration gewesen sei. Der Redner kam sodann auf Belgien, wovon er behauptete, daß die Gegenwart des Marschall Gerard vor einigen Monaten daselbst bei weitem wirksamer gewesen wäre, als ein Duzend Protokolle. Ueber Italien verlangte der General ebenfalls nähere Aufschlüsse; seiner Ansicht nach, sind die Französischen Truppen zu Ankona, um den Bewohnern der Legationen ihre konstitutionellen Institutionen zu sichern. Für Griechenland hält er es bei weitem besser, eine Art orientalischer Eidgenossenschaft zu bilden, als dem jungen Staate einen König unter dem Einfluß einer der Hauptmächte Europa's zu geben. In Bezug auf die Portugiesischen Angelegenheiten wünschte der General zu wissen, ob man den König von Spanien auf das Prinzip der Nichtintervention aufmerksam gemacht habe. Hr. Perrier erklärte, auf eine Diskussion über Volkssouverainetät nicht eingehen zu können, indem das Staatsgrundgesetz, die Charte von 1830, darüber bestimme; dieser Redner der politischen Rechte der Nation könne seines Ermessens von keinem Franzosen in Frage

gestellt werden. Im Ganzen bezog sich der Minister auf seine in der vorhergehenden Sitzung gemachten Erklärungen. Schließlich wiederholte er, daß der Zweck der Französischen Intervention in Italien kein anderer sei, als den Einmischungen Oesterreichs ein Ende zu machen, indem dem päpstlichen Stuhle ein festeres Ansehen und den päpstlichen Staaten verbesserte Einrichtungen gegeben würden. Hr. Salverte verlangte in Betreff der Portugiesischen Angelegenheiten, Frankreich solle vor allem eine Spanische Intervention verhindern, dann Donna Maria als Königin von Portugal förmlich anerkennen und endlich ein Geschwader nach dem Tajo senden, um die Französischen Unterthanen in Portugal schützen zu können. Auch dieser Redner unterstützte, wie General Lafayette, den Reduktionsvorschlag des Hrn. Anguis. Letzterer erklärte, sein Amendement mit dem des Hrn. Coulmann zu verbinden, welcher beantragte, besonders auf diplomatischen Ausgaben für Rom, Neapel, Florenz, Darmstadt und Hamburg eine Reduktion von 513,000 Fr. zu votiren. Der Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit verworfen.

Die France nouvelle erzählt folgende näheren Umstände in Betreff der Besetzung Ankonas: „In Abwesenheit des Generals Cubieres, stand der Oberbefehl auf der See dem Kapitän Gallois zu; nach der Landung hatte der Obrist den Befehl über die gelandeten Truppen. Es scheint, daß zwischen beiden ein Zwiespalt in Betreff der zu nehmenden Operationen obwaltete; der Obrist nahm es auf sich, die Befehle zu ertheilen und solche in Ausführung zu bringen. Beide Befehlshaber haben an die Regierung berichtet; der Kapitän Gallois verlangte selbst seine Zurückberufung. Obrist Combes, dessen kräftigem Einschreiten man den Besitz der Citadelle verdankt, wird nicht nur nicht desavouirt, sondern ohne Zweifel für seinen Dienst belohnt werden. Der Kapitän wird seiner eigenen Forderung gemäß zurückberufen werden.“

Der Constitutionnel berichtet, der Russische Botschafter zu Rom habe unter Beistimmung des Oesterreichischen Botschafters daselbst eine Protestation gegen die Französische Expedition unterzeichnet.

Der National berichtet, das Ultimatum des Königs Wilhelm sei hier angekommen; es bestehe in der Anerkennung Leopolds, allein unter Bedingungen, die die ganze Sache illusorisch machten.

Paris den 10. März. Fast alle hiesige Blätter, auch die gemäßigteren, mit Ausnahme des Journal des Débats, welches ganz darüber schweigt, sprechen in mehr oder weniger virulenten Ausdrücken ihren Unwillen über eine von dem Grafen Eugen von Harcourt in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer gehaltene Rede aus. Der Messager glaubt, daß der üble Eindruck, den die Vorträge

auf die Majorität gemacht, Schuld daran sei, daß die Kammer zu großem Nachtheile für den diplomatischen Dienst die Gehalte der Gesandten, Konsuln und anderen diplomatischen Agenten um die bedeutende Summe von 362,000 Fr. reduziert habe.

Das hiesige Tribunal erster Instanz fällte gestern in dem Prozesse wegen der Schuldforderungen, welche der Graf von Pfaffenhofen und die Erben des Herrn Wagon de la Vallue gegen Se. Maj. Karl X. geltend gemacht haben, ein Urtheil, welches die von Herrn Berryer, als Advokaten Karls X., und von dem Kron-Anwalt Didelot gemachten Einwendungen gegen die Gültigkeit jener Forderungen beseitigte und Se. Maj. zur Bezahlung der verlangten Summen verurtheilte.

Die Auerbungen für die Expedition Dom Pedro's dauern hier fort; gestern früh ging ein Detachement von 100 Mann nach Belle-Isle ab; es befanden sich Studenten, Handlungsdienner und brodlose Arbeiter darunter.

Hiesige Blätter enthalten ein Schreiben aus Bologna vom 29. Febr., worin es nach Wiederholung der Details der Landung der Französischen Truppen und ihres Einrückens in Ancona heißt: „Das Volk war, nachdem die Franzosen die Citadelle besetzt, trunken vor Freude; die Läden wurden, wie an einem Festtage, geschlossen, die Stadt war Abends durchweg erleuchtet; man rief: Es lebe Frankreich! Es lebe die Union! Es lebe Lafayette! In den Straßen war ein ungeheures Gedränge, das Französische Musikchor spielte die Paraisienne und Marschälle. Aus den Marken und aus Umbrien kommen fortwährend junge Leute und alte Soldaten, die in der Französischen Armee gedient haben, an; sie wollen die dreifarbigte Fahne sehen, die auf der Citadelle, dem Leuchthurm und dem Hügel der Kapuziner weht. Im Theater riefen die jungen Leute: „Es lebe die Freiheit!“ und einige Zeit lang herrschte Tumult; die Franzosen beschwichtigten indessen die erhitzten Köpfe; vier junge Leute wurden verhaftet, aber bald wieder freigelassen.“

Privatbriefe vom 28. v. M., von Engländern, die zu Rom wohnen, an Landeute in Paris gerichtet, bringen die Anzeige, daß eine große Menge Reisender dieser Nation sich anschickte, Rom zu verlassen, aus Furcht vor den Ereignissen, von welchen ihnen Italien bedroht scheint. Die Karnevalsfestlichkeiten sind suspendirt; keine Masleraden, keine Bälle mehr; alle Gesellschaften wurden abgesagt. Unter der Bevölkerung von Rom soll große Erbitterung gegen die Franzosen herrschen. Von der andern Seite ist die Gährung in den verschiedenen Theilen Italiens seit der Ankunft unserer Truppen in Ancona zu einem hohen Grad gestiegen. Die Landstraßen sind mit Italienern bedeckt, die sich nach jener Stadt begeben, um unsere Truppen und die Fahne der Freiheit zu sehen.

Bei einem hiesigen Steuer-Empfänger meldete sich gestern ein Unbekannter. „Im Namen Heinrichs des V., meines rechtmäßigen Souveräns“, äußerte er, ihm ein Pistol vorhaltend, „komme ich, um bei Eurer Kasse ein gezwungenes Anlehen zu machen;“ und mit diesen Worten nahm er ohne weitere Umstände 300 Fr., die gerade auf dem Bureau lagen; machte dem Einnehmer, der keine Lust empfand, sich zur Wehr zu setzen, eine tiefe Verbeugung und verschwand.

Niederlande.

Aus dem Haag den 2. März. Unter diesem Datum enthält das Journal de Luxembourg das nachstehende Privatschreiben: „Die Mission des Grafen Drloff giebt zu tausend Muthmaßungen Anlaß. Die ersten Handlungshäuser hier und in Rotterdam haben alle Hebel, die Kaufleuten ersten Ranges zu Gebote stehen, in Bewegung gesetzt, um zu erfahren, auf welche Grundlagen der neue Vertrag begründet seyn werde, dem zuerst der Abnig der Niederlande, alsdann die Nordischen Mächte und endlich auch England und Frankreich beitreten würden. Nichts verlautet jedoch darüber. Die Zeitungen machen sich, jede in ihrer eigenen Weise, einen Bericht darüber, dem immer die Idee zum Grunde liegt, daß die vorgeschlagenen 24 Artikel auf irgend eine Art modifizirt werden müssen — eine Idee, die indessen sehr leicht aus der bisherigen Ratifications-Verzögerung von Seiten Rußlands, Oesterreichs und Preußens sich deduziren ließ. Sie können sich indessen versichert halten, daß Alles, was man bisher über die Erfolge der Mission des Kaiserlich Russischen General-Adjutanten gesagt und in Zeitungen verbreitet hat, nichts weiter als mehr oder minder wahrscheinliche Hypothesen zum Grunde hat, und daß die Wahrheit erst durch einen Akt der Konferenz an das Licht kommen wird. Dieser Akt kann nicht lange auf sich warten lassen. Graf Drloff hat bereits in Folge der mit unserem Kabinette gepflogenen Verhandlungen mehrere Kouriere nach Paris und London abgefertigt; er selbst scheint im Begriffe, sich nach England zu begeben, doch ist seine Abreise noch etwas aufgeschoben worden, weil man, wie es heißt, von seinem hiesigen Aufenthalte eine schleunigere Lösung der diplomatischen Frage sich verspricht. Uebrigens ist man hier über Einen Punkt vollkommen einig, nämlich über den, daß die Motive der Weigerung des Königs der Niederlande, insofern sie ein Hiaberniß für den allgemeinen Frieden sind, nur vor solchen Zugeständnissen, wie der Monarch sie wünscht, und deren Bestimmung einigermaßen von ihm abhängt, weichen werden.“

Aus dem Haag den 12. März. Dem Vernehmen nach wird sich der Graf von Drloff von hier nach Amsterdam begeben und dort einige Tage verweilen. Im Ganzen, glaubt man, dürften noch

8 Tage vergehen, bevor der Graf die Reise nach England antritt.

Amsterd. am den 11. März. Eine heute (Sonntags) erschienene außerordentliche Beilage des hiesigen Handelsblad enthält den nachstehenden Artikel: „Auf vertraulichem Wege erhalten wir aus Brüssel die Nachricht, daß die dortige Regierung schon Kenntniß habe von den Modificationen, die unsererseits in den 24 Artikeln gefordert, so wie gemeinschaftlich mit dem Grafen Orloff festgestellt worden, und in deren Folge Sr. Majestät in die Abtretung der Souverainetät über Belgien und in die Anerkennung Leopolds einwilligen würden. Demnächst heißt es in jenem Berichte, daß man in Brüssel weit davon entfernt sei, diese Aenderungen als unübersteigliche Hindernisse zu betrachten, und daß man im Cabinetsrath beschäftigt sei, die Mittel festzustellen, um den verlangten Modificationen so gut als möglich zu entsprechen. Der schwierigste Punkt scheint die Kapitalisirung der 8,400,000 Fl. Rente zu seyn, welche bekanntlich Belgien von der Holländischen Schuld übernehmen soll.“

Brüssel den 10. März. Im Luxemb. Journal liest man: „Die Belgische Regierung hat Befehle ertheilt, daß die Aushebung der Miliz auf dem Gebiete, der auf 4 Stunden weit die Festung umgibt, eingestellt werden soll. Eben so sollen alle Nachstellungen und Untersuchungen wegen Deserteurs aufhören. Aber die Einziehung der baaren Abgaben hat sie nicht eingestellt; diese wird aber bald durch die Gewalt der Dinge aufhören müssen.“

Auch die Emancipation meldet jetzt, daß Graf Ch. Vilain XIV. den Auftrag erhalten werde, die Anerkennung der Regierung Leopolds, nicht allein beim Hofe zu Rom, sondern auch bei denen von Neapel und Turin zu bewirken.

Dem Belge zufolge, hat der Kriegsminister Befehl ertheilt, 60 Stück Belagerungs-Geschütze aus den Festungen im Hennegau nach Antwerpen zu schaffen.

G r o ß b r i t a n n i e n .

London den 6. März. Die Nachricht von D. Pedro's Ankunft und jubelvollem Empfange in Lereira ist völlig bestätigt.

Der Courier meint aus einer glaubwürdigen Quelle zu wissen, daß das Oesterr. Kabinet mit dem Französischen völlig eins sei über die Unangemessenheit der Päpstlichen Regierung, wie sie jetzt sei und daß auf sehr wichtigen Modificationen zu Gunsten der Untertanen werde bestanden werden. Er fügt, angeblich aus dem Briefe eines hohen Diplomaten in Paris hinzu, daß die Expedition der Franzosen keine Mißthelligkeit mit Oesterreich verursachen werde und sie sei in der That mit voller Kenntniß und in gewissem Grade Genehmigung der Hauptmächte Europa's unternommen worden.

Die Times erwähnen der Drohung eines gewissen edlen Herzogs (es ist der von Cumberland gemeint), im Fall eine Vermehrung der Pairs-Zahl, um die Reformbill durchzusetzen, stattfände, mit etwa 20 andern (dem Herzoge von Wellington und den übrigen größten Lorrys) ganz aus dem Oberhause scheiden zu wollen, und warnt sie vor einem solchen Schritte mit folgender Bemerkung: „Charles Fox und die gesammte Whig-Opposition zogen sich einmal, während der Pittschen Administration, aus dem Unterhause, um anzudeuten, beide Häuser wären so in Sklaverei unter den Willen des Ministers versunken, daß ihre Gegenwart völlig unnütz werde. Das Parlament fuhr aber fort, Pitt folgungsam zu seyn, und die Ausreißer mußten es kaum recht anzufangen, wieder auf ihre Stellen hineinzuschlüpfen, schlüpfen aber doch ex necessitate rei hinein, denn sie würden bald ihre Anhänger verloren haben und vergessen worden seyn. Dieses Beispiel dürfte eher von der Nachahmung abschrecken, als dazu reizen.“

Herr O'Connell ist wieder nach Irland gegangen und wird es an mancherlei Aufregung nicht fehlen lassen.

Aus Lissabon wird vom 22. v. M. gemeldet, daß die Schiffe, welche am 16., weil sie Dom Pedro's Geschwader in See ansichtig geworden, zurückgekehrt waren, am 21. unter Convoi einer Kriegsbrigg, eines Kanonenbootes und eines großen armirten Kauffahrers, der Angabe nach mit Truppen für Madeira beladen, wieder absegelt waren. Vom 26., daß acht oder neun Kriegs- und Transportschiffe zugerichtet waren, um selbigen Morgen zwei Jäger-Regimenter, 1200 Mann betragend, einzunehmen, die von Alentejo eingetroffen waren. Der Commodore, fünf Capitaine und einige Subaltern-Offiziere von den Portugiesischen, durch das Französische Geschwader seiner Zeit weggenommenen Kriegsschiffen waren gefangengesetzt worden. Die Lissaboner Bank hatte 40,000 Milreis als Darlehn herzugeben sich gezwungen gesehen, und ein Gerücht ging, daß eine Rimesse von 20,000 Schill. aus Spanien eingegangen. Ein Befehl Dom Miguels, die noch nicht entrichteten Antheile an der verordneten Zwangsanleihe sofort zu zahlen, deutete auf ganz willkürliche Bestrafung im Unterlassungsfall (wörtlich: „Se. Maj. behalten sich vor, die Strafe für die, welche sich nicht unverzüglich folgsam beweisen, zu bestimmen.“) Unter den Mitteln jeder Art, die, um Geld zu bekommen, angewendet wurden, war auch, daß der Capitain von unserm Packetschiff, nach zehntägiger Quarantaine, nicht aus Land kommen solle, ehe er nicht 20 Schill. gezahlt habe; er zog es vor, lieber nicht zu landen.

Es wird gemeldet, daß der König von Spanien dem Grafen del Alcudia neulich aufgetragen, er möge, wann der Britische Gesandte und der Französische

Geschäftsträger wieder fragten, wohin seine Truppen gingen, nur antworten: „Nach Ankona.“

London den 9. März. Ein in der gestrigen Sitzung des Oberhauses vom Marquis von Lansdowne auf den Bericht der Zehnten-Kommission begründeter Vorschlag lautet folgendermaßen: das Haus überzeugt sich, daß in verschiedenen Theilen von Irland der Zahlung der Zehnten eine organisirte und systematische Opposition, welche das Gesetz unwirksam gemacht hat, entgegengesetzt worden ist. Viele Geistliche der herrschenden Kirche sind dadurch in große pecuniäre Noth versetzt worden. Um dieser abzuhelpen, wird es für zweckmäßig gehalten, Sr. Majestät die Macht zu ertheilen, dem Lord-Lieutenant oder andern Ober-Gouverneurs aus dem konsolidirten Fonds die nöthigen Summen zu überweisen. Diese Summen sollen von genannten Behörden mit Zurathziehung des Geheimen Rathes vorläufig auf die Einnahme derjenigen Gefälle bezahlt werden, worauf die gesetzmäßig:en Zehnten rückständig sind. Bei dieser Vertheilung soll ein Maßstab angelegt werden, wonach sich die zu bewilligenden Summen verringern, je höher das Einkommen ist. Um in der Folge das Gesetz auf eine wirksamere Weise handhaben zu können und um die Rückzahlung der auf obige Weise vorgeschossenen Summen zu sichern, würde es angemessen seyn, Sr. Maj. durch eine zu dem Ende anzunehmende Akte die Macht zu ertheilen, den Betrag aller rückständigen Zehnten für das Jahr 1831. zu erheben, ohne dadurch die Ansprüche der Geistlichkeit auf Rückstände aus einer früheren Zeit zu präjudiciren, von diesen erhobenen Beträgen die geleisteten Vorschüsse einzubehalten und den Ueberrest des gesetzlich Befugten auszuführen. — Das Haus ist endlich der Meinung, daß, um sowohl die Interessen der Kirche als, durch die dauernde Wohlfahrt Irlands zu sichern, eine gänzliche Aenderung des Zehnten-Systems nothwendig ist, und daß eine solche Aenderung, um zufriedenstellend und sicher zu seyn, eine vollständige Abschaffung der Zehnten, die den Landeigenthümern zukommenden mit einbegriffen, in sich schließen muß, indem man dieselben in eine Abgabe auf Land verwandelt oder gegen Land austauscht.

Die Times enthalten in ihrem vorgestrigen Blatte einen Artikel, worin sie Zweifel aufstellen, daß der Lord Grey im Stande seyn werde, die Reformbill in ihrer jetzigen Gestalt durch das Oberhaus zu bringen, und sich überhaupt auf eine ungewohnte und feindselige Weise gegen den Grafen Grey zu vernehmen lassen. Heute kommt nun oben erwähntes Blatt auf jenen Artikel zurück, um die in demselben aufgestellten Behauptungen gegen einige falsche Auslegungen Seitens einiger anderer Journale zu vertheidigen.

Ein Schreiben aus Terceira sagt: „Dom

Pedro ist glücklich hier angekommen. Er wurde von den Truppen wie von den Einwohnern mit dem größten Enthusiasmus empfangen; von den Batterien begrüßte ihn der Donner des Geschüßes, im Hafen wehten alle Flaggen, und die Schiffe waren nach Englischer Art bis an die Spitze der Masten mit Mannschaft besetzt. Die Truppen sowohl als die Einwohner haben der Königin Donna Maria II. und der Constitution den Eid der Treue geleistet. Man erwartet, daß die nächste Unternehmung Dom Pedro's auf die Besitznahme Madeira's und der Azorischen Inseln, im Namen der jungen Königin, gerichtet seyn wird.“

Die Times gesehen zwar, daß man kein entscheidenes Urtheil über die so viel besprochene Expedition der Franzosen nach Italien fällen könne, bevor nicht die Französische Regierung selbst oder doch Herr Casimir Perrier sich darüber ausgesprochen habe; dem Anschein nach, meint sie jedoch, könne man folgende Ansichten, ohne vorschnell abzuurtheilen, darüber aufstellen: 1) Daß es niemals ein unbedeutenderes Unternehmen gegeben habe; — 2) daß nicht leicht eines unnützer oder schädlicher seyn könne; 3) daß kein anderes eine größere Abweichung von den angenommenen Gesetzen über Nationalunabhängigkeit bekunde; und 4) daß keines leichter zu einer Kollision führen könne, welche alle Parteien, als die Lösung zum Kriege, zu vermeiden vorgäbe.

Spanien.

Madrid den 2. März. Die Königin fuhr in diesen Tagen zum ersten Male seit ihrer Entbindung aus und zeigte sich dem Publikum. — In unserer Hauptstadt ist nur die für Besetzung der Wachposten unentbehrliche Anzahl von Truppen zurückgeblieben, alle anderen sind nach der Portugiesischen Gränze marschirt. Die in Dagna stehenden Truppen haben Befehl, sich auf das erste Zeichen zum Abmarsch bereit zu halten. Der General-Inspektor der Freiwilligen hat dem Könige ein Gesuch eines Theiles dieses Corps vorgelegt, welche mobil gemacht und nach der Portugiesischen Gränze geschickt zu werden wünschen.

Deutschland.

Hamburg den 15. März. Man vernimmt auf eine glaubwürdige Weise, daß nach einem Beschluß der großen Mächte Europa's sowohl die Französischen als die Oesterreichischen Truppen nächstens die Römischen Staaten räumen und dagegen von Neapel her 6000 Schweizer zur Erhaltung der Ordnung einrücken würden.

Schweiz.

Neuchâtel den 7. März. Vorgestern fand hier die Installation des General-Lieutenants von Ffuehl Excellenz als Gouverneur des Fürstenthums mit den üblichen Feierlichkeiten statt.

Die besoldete Stadt-Wache ist gestern, unter eh-

rensvoller Anerkennung ihres während der ganzen Dienstzeit bewiesenen Eifers und ihrer muthigen Hingebung, entlassen worden.

Bermischte Nachrichten.

Herr v. Niemojowski, vormaliger Präsident der Polnischen Nationalregierung, hat in der Allg. Zeit., in einem aus Brüssel vom 27. v. M. datirten Schreiben, die Polen gegen die ihnen von Herrn Verrier in der Deputirtenkammer gemachten Vorwürfe zu rechtfertigen gesucht. Wir treffen darin auf folgende merkwürdige Stelle: „Herr Verrier behauptet, Polen's Schicksal sei nicht der Französischen Regierung zuzuschreiben, sondern den den Polen häufig erteilten falschen Rathschlägen. Nur das Bewußtseyn der zur Durchführung einer Revolution erforderlichen Kraft und Muthes kann den Entschluß, sie durchzuführen, erzeugen. Fremden Rath's und äußern Beispiels bedurfte Polen hierzu nicht. Doch ein Rath war es, der den unglücklichen Ausgang der Unternehmung beschleunigte, und dieser Rath rührte gerade von dem Französischen Ministerium her. In folgender Thatsache liegt der Beweis hievon. Im Kampfe gegen einen überlegenen Gegner kann das Mißverhältniß der materiellen Kräfte nur durch die moralischen, durch rasche, gewandte Kühnheit, ausgeglichen werden. Im Juli verfloßenen Jahres wurde uns die Abnahme an Geld, Munitionsvorräthen und sonstigen Mitteln sehr fühlbar, deshalb war es für uns von der größten Wichtigkeit, die Vereinigung von feindlichen Streitmassen aus allen Kräften zu verhindern, und dem Gegner den Uebergang über die Weichsel, wo nicht ganz unmöglich zu machen, doch mindestens möglichst zu erschweren. In dieser Lage der Sachen langte in Polen ein durch den Minister Sebastiani geschickter Brief an, mit dem Rathe: den Kampf noch zwei Monate hinzuziehen, und deshalb entscheiden die Kriegsweselsfälle zu vermeiden. Der Generalissimus der Polnischen Armee, dessen Gewalt in strategischer Hinsicht unbeschränkt war, befolgte diesen Rath, welchen der Französische Gesandte in Berlin im Monate August wiederholte, unser späteres Schicksal war die Folge dieser Insinuation. Für die volle Wahrheit obiger Angabe verbürge ich mich, obgleich ich nicht glaube, daß mir irgend Jemand darin widersprechen wird, und nun mag die öffentliche Meinung den Ausspruch thun, aus welcher Quelle die für Polen verderblichen Rathschläge geflossen sind.“

Die Vorzeitung schreibt aus Dresden vom 1. d.: Heute wurde der berühmte Obristleutnant v. Ködner auf 4 Jahre ins Zuchthaus abgeführt; er hatte bekanntlich die Kasse seiner eigenen Gardedivision aus dem Schlosse gestohlen. Früher hatte er seine Leute so grausam behandelt, daß in Torgau 2 Soldaten an den Folgen der erhaltenen Schläge starben.

Politische Reflexionen.

Die künftige Lage von Europa und die politische Stellung der einzelnen Großmächte unseres Welttheils hängt zum großen Theile von dem Schicksal der Englischen Reformbill ab; aus diesem Grunde folgt man auch überall mit gespannter Erwartung dem Gange derselben, und das Interesse an ihr ist um so lebhafter, da niemand die möglichen Folgen derselben zu berechnen im Stande ist, indem sie ebenso wohl der Nation die größten Wohlthaten erzeigen, als zu den heftigsten Erschütterungen und zu revolutionairen Gräueln führen kann, je nachdem sie richtig erkannt und verständig geleitet, oder auf verkehrte Weise zurückgedrückt, übertrieben und gemißbraucht wird. Die beabsichtigte Parlamentärsreform öffnet die Bahn, in welcher sowohl die Regierung, als das Parlament vorwärts schreiten kann, um die Elementarverhältnisse des Volks zu ordnen und dadurch die Gefahren, welche man ohne dieses Ordnen immer näher kommen sieht, abzuwenden. Die Unternehmung selbst ist keineswegs ohne Gefahr, allein jetzt, wo der erste Schritt gethan ist, sie zu unterlassen oder auch nur zu verschieben, ist mit noch größerer Gefahr verknüpft. Nur die Festigkeit des edlen Königs, die Klugheit des Ministeriums und die Fügsamkeit der Lords in das Unvermeidliche können den einmal herausbeschwornen Dämon zügeln; an Stillstand oder Rückschritt ist nicht mehr zu denken. Die Parlamentärsreform, die man in Deutschland nur eine neue Wahlordnung nennen würde, ist bloß der Anfang einer großen Bewegung; sie verbürgt noch keine materielle Verbesserung des höchst beklagenswerthen Volkszustandes in England, sondern macht dergleichen Verbesserungen, die bisher immer an den Interessen der großen Grundeigentümer, welche das ganze Oberhaus und den größten Theil des Unterhauses beherrschen, gescheitert sind, erst möglich. Schon Canning sagte, die Englische Verfassung sei grundschlecht, aber sie gehe gut; das letztere mag einst wahr gewesen seyn, auf die Gegenwart paßt es nicht mehr. Kein Interesse, außer dem des Grundeigenthums, wird hinlänglich vertreten; was diesem entgegen ist, geht im Parlamente nicht durch. Konnte doch selbst Wellington, das Haupt der großen Grundherrn, nicht einmal eine geringe Veränderung in der Getreidesteuer durchsetzen.

Um indessen unsern Lesern einen deutlichen Begriff von der Reformbill zu verschaffen, ist es nothwendig, einen kurzen Abriss von der gegenwärtigen Einrichtung des Englischen Parlaments zu geben. Das Parlament besteht aus dem Oberhause (Hause der Lords) und dem Unterhause (Hause der Gemeinen). In dem Oberhause sitzen die Prinzen von Geblüt, 2 Erzbischöfe, 28 Bischöfe und die sämmtlichen weltlichen Peers (Herzöge, Marquis, Grafen, Viscounts und Barone), deren Zahl sich gegenwärtig auf ungefähr 370 beläuft; indessen ist diese Zahl nicht be-

schränkt, der König kann Pairs nach freier Willkür ernennen. Auf die Verfassung des Oberhauses hat jedoch die Reformbill keine Beziehung.

Das Unterhaus besteht gegenwärtig aus 658 Deputirten (513 für England, 45 für Schottland und 100 für Irland). Einen Theil derselben wählen die Gutbesitzer in den verschiedenen Grafschaften, zu denen aber die Erbpächter auch gerechnet werden; selbst die lebenslänglich angestellten Pfarrer und Schullehrer haben das Wahlrecht, wenn ihnen als Unterhalt ein Grundstück angewiesen ist, das aber jedenfalls einen Reinertrag von 13 Rthl. 8 Gr. Preuß. Cour. jährlich abwerfen muß. Die Zahl der zu wählenden Parlamentsglieder ist durch alte Statuten, aber auf eine für die jetzigen Bevölkerungsverhältnisse höchst unbillige Weise, bestimmt, da manche Grafschaft mit 1 Million und mehr Einwohnern nicht mehr Abgeordnete schickt, als eine andere, die nur 20,000 Seelen zählt. Gegen dieses Mißverhältniß ist nun hauptsächlich die Reformbill gerichtet. Manche kleine Flecken und unbedeutende Städte haben das Recht, einen Deputirten zu schicken; andere Städte dagegen, die in den neueren Zeiten zur höchsten Blüthe gelangt sind, (z. B. Manchester mit 140,000 Einw.) haben dieses Recht gar nicht. Ueberhaupt wählen die Grundeigenthümer in den Englischen Grafschaften bisher nur 92 Deputirte. Durch die Reformbill soll der Wahlsensus auf 10 Pfd. Sterling erhöht werden, dagegen sollen auch alle Zeitpächter, die jährlich 50 Pfd. Sterl. Pacht zahlen, wahlberechtigt seyn.

Wie wenig geregelt aber auch die bisherige Vertretung der kleinen Grundeigenthümer erscheinen mochte, so litten sie durch dies Mißverhältniß doch eben nicht sehr, da ihr Interesse sich in vielen Stücken an das der erblichen Lords knüpft. Das schreiendste Mißverhältniß fand bis jetzt in der Repräsentation derjenigen Städte statt, welche das Interesse des Handels und der Manufakturindustrie vertreten sollten, ein Mißverhältniß, durch welches die städtische Vertretung zu einer bloß nominalen Repräsentation herabsinken mußte. Zum Beleg dieser Behauptung dürfen wir nur Folgendes anführen: die beiden Engl. Universitäten zu Cambridge und Oxford schicken jede zwei Deputirte ins Unterhaus; 24 eigentliche Städte werden durch 50 Abgeordnete vertreten; 8 Seehäfen wählen 16, und — 171 sogenannte Burgflecken (Borough's, alte feste Plätze, von denen viele bereits gänzlich eingegangen sind), 332 Deputirte! dagegen werden eine Menge der größten Fabrikstädte (Manchester, Birmingham, Leeds, Sheffield u. a.) bis jetzt gar nicht vertreten.

(Beschluß folgt.)

In der Belgisch-Holländischen Frage hatten die Bevollmächtigten der fünf großen Mächte bekanntlich einen Traktat entworfen, welcher für beide streitende Partheien verbindliche Kraft haben und dem

langen Zwiespalt ein Ziel setzen sollte. Während das Französische und Englische Kabinet denselben ratifizirt, scheinen die andern Mächte Bedenken zu haben, die Verbindlichkeit auf sich zu nehmen, den König von Holland zur Annahme von Bedingungen zu zwingen, durch welche er seine wesentlichen Interessen gefährdet hält. Jeder Traktat ist daher bis jetzt wirkungslos geblieben, die allgemeine Anerkennung des neuen Belgischen Staates nicht erfolgt und die Bemühung der pacificirenden Mächte, wie früher, darauf beschränkt, Worte des Friedens und der Vermittelung im Haag und in Brüssel vernehmen zu lassen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es gelingen dürfte, einerseits die von Holland gewünschten Veränderungen in dem gedachten Traktate zu erwirken und andererseits dieses Kabinet zu bewegen, eingedenk der Schwere der Zeiten, sein Recht der Ruhe von Europa zum Opfer zu bringen. — Wenn dann eine Ausgleichung möglich geworden und der neue Belgische Staat in das System der Europäischen Politik eingeführt seyn wird, so darf man glauben, daß für den Moment die Gefahr beseitigt sei, welche sich an die Entscheidung dieser verwickelten Sache knüpft; es mag aber gestattet seyn, die Besorgniß zu hegen, daß bei der ersten Krisis in den Europäischen Angelegenheiten diese halbgeldste Frage sich wieder geltend machen wird. — Wie zu erwarten war, hat das Spanische Kabinet den neuen Versuch, Portugal der Revolution zu unterwerfen, nicht gleichgültig angesehen. An den Gränzen von Galicien und Estremadura haben sich Spanische Truppenkorps versammelt und man hat den Entschluß laut werden lassen, sofort in Portugal einzurücken, wenn die Expedition Dom Pedro's sich zeige. Ja es ist bereits erwogen worden, ob es nicht unathlicher und angemessener sei, dieses schon jetzt zu thun. Hiergegen ist vom dem Französischen und Englischen Kabinet, dem Vernehmen nach, lebhafter Einspruch geschehen. Man hat den Grundsatz der Nichtintervention aufs Neue hervorgerufen und von Englischer Seite sogar zu erkennen gegeben, daß das Einrücken Spanischer Truppen in Portugal wohl der casus foederis sei, bei welchem alte Traktate England verpflichteten, Portugal seinen Schutz gegen fremde Aggressoren zu leisten. Da man kaum glauben kann, daß der Spanische Hof, für welchen es sich hier um eine Lebensfrage handelt, von seinem Vorsatz leicht abstehen dürfte, so bietet sich hier ein Feld für mannigfache Combinationen dar. England kann eine Flotte in den Tajo senden und es hat sich leider erwiesen, daß die Befestigungen dieser Küste nicht hinreichen, Lissabon gegen das Schicksal von Kopenhagen zu schützen. Ob Frankreich die Schwierigkeiten nicht scheut, eine Armee an den Pyrenäen zu konzentriren und nach Spanien zu führen, steht dahin. In beiden Fällen aber kann angenommen werden, daß diejenigen Europäischen

Mächte, welchen es nicht gleichgültig seyn darf, die Pyrenäische Halbinsel einem systematischen Revolutioniren Preis gegeben zu sehen, die Mittel finden werden, ihre Interessen in dieser weitgreifenden Frage zu vertreten.

Stadt-Theater.

Freitag, den 23. März: Die Italienerin in Algier; komische Oper in 2 Akten von Rossini (mit neuen Einlagen des Herrn Spitzeder, Mitglied des Königl. städtischen Theaters zu Berlin).

Sonntag den 25. März: Der Bräutigam aus Mexiko, oder: Die Kartoffeln in der Schale; Lustspiel in 5 Akten von Claren. — (Süßchen; Frau v. Schmidkow, vom Theater zu Danzig).

Wohlfahrtigkeit.

Der Wohlöbl. Magistrat zu Pommern hat uns nachstehende Aufforderung zugehen lassen:

„Durch das hier am 14. d. M. Abends zwischen 9 und 10 Uhr entstandene Feuer sind auf dem Markte 59 Wohnhäuser nebst den dazu gehörigen Nebengebäuden, 1 Wassermühle, das Rathhaus und die katholische Pfarrkirche ein Raub der Flammen geworden, wodurch 100 Familien nicht nur ihr Obdach, sondern auch ihre sämmtliche Habe verloren haben.

Die Stadt ist an sich selbst arm, und kann ohne Hülfe anderer gutgesinnter Menschen den Verunglückten die nothwendigen Bedürfnisse nicht reichen; deshalb ersuchen wir Eine u. Zeitungsexpedition ganz ergebenst, menschenfreundliche Wohlthäter zu milden Beiträgen geneigtest aufzufordern und sich mit der Sammlung der Beiträge befassen zu wollen. Gott wird die Unterstützer der Unglücklichen lohnen.

Pommern den 20. März 1832.

Der Magistrat.

Sehr gern sind wir bereit, die eingehenden Beiträge zu sammeln und zur Vertheilung an die Nothleidenden weiter zu befördern.

Es sind bereits eingegangen: 1) W. R. 5 Rthlr.

Pommern den 22. März 1832.

Die Zeit. Exped. von W. Decker & Comp.

Publicandum.

Das zu Zinsköwer Hauand bei Neutomysl sub No. 4. belegene Greiser'sche Grundstück, welches aus einer Hufe und anderthalb Morgen Land, mit den nöthigen Gebäuden besteht, und auf 805 Rthlr. 22 Sar. 6 pf. gerichtlich abgeschätzt worden ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation meistbietend verkauft werden. Wir haben dazu im Auftrage des Königl. Landgerichts Posen den peremptorischen Licitations-Termin auf

den 30sten April a. c. Vormittags um 9 Uhr,

im Magistrats-Lokale zu Neutomysl anberaumt und laden dazu Kauflustige mit dem Bemerkten vor, daß die Taxe und Licitations-Bedingungen in unserer Registratur eingesehen werden können.

Pommern den 11. Februar 1832.

Königl. Preuß. Friedens-Gericht.

Die Anfuhr verschiedener Baumaterialien u. für den hiesigen Festungsbau, soll wiederum auf ein Jahr, im Wege der schriftlichen Submission, dem Mindestfordernden überlassen werden. Die näheren Bedingungen, die von den vorjährigen in einigen Punkten abweichen, sind in dem Fortifikationsbureau täglich einzusehen. Die bis zum 5ten April c. Abends vorgesetzt einzureichenden Submissionen, auf denen der Inhalt zu bemerken ist, sollen Freitag den 6ten April c. Vormittags 9 Uhr in gedachtem Bureau in Gegenwart der sich einfindenden Submittenten eröffnet, und demnächst mit den Mindestfordernden, wenn deren Gebote annehmlich erscheinen, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Königl. Allgemeine Kriegs-Departement, förmliche Kontrakte abgeschlossen werden.

Pommern den 20. März 1832.

v. Prittwich,

Ingenieur-Hauptmann und Festungs-Bau-Direktor.

Ergebnisse Anzeigen.

Einem sehr geehrten Publikum beehren wir uns hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen, daß wir kommenden 1sten April c. auf der Breitenstraße im Hause No. 66. hieselbst, ein Möbel- und Sarg-Magazin, letzteres mit den modernsten Bronze-Verzierungen, anlegen werden. Da wir bei der reellsten Bedienung die möglichst niedrigsten Preise setzen werden, so bitten wir ein sehr geehrtes Publikum ganz ergebenst um geneigten Zuspruch.

Pommern den 13. März 1832.

J. H. Wehrmann & Comp.

Börse von Berlin.

Den 20. März 1832.	Zins-Fuß.	Preuss. Cour.	
		Briefe	Geld.
Staats - Schulscheine	4	94	93 1/2
Preuss. Engl. Anleihe 1818	5	—	101 1/2
Preuss. Engl. Anleihe 1822	5	102	101 1/2
Preuss. Engl. Obligat. 1830	4	88 1/2	88
Kurm. Oblig. mit lauf. Coup.	4	93	—
Neum. Inter. Scheine dito	4	93	—
Berliner Stadt-Obligationen	4	95 1/2	—
Königsberger dito	4	94	93 1/2
Elbinger dito	4 1/2	—	94
Danz. dito v. in T.	—	35	—
Westpreussische Pfandbriefe	4	98 1/2	97 1/2
Grossherz. Posensche Pfandbriefe	4	99 1/2	—
Ostpreussische dito	4	—	99 1/2
Pommersche dito	4	105 1/2	105 1/2
Kur- und Neumärkische dito	4	105 1/2	—
Schlesische dito	4	105 1/2	—
Rückstands-Coup. d. Kur- u. Neumark	—	—	—
Zins-Scheine der Kur- und Neumark	—	56 1/2	—
Holl. vollw. Ducaten	—	18 1/2	—
Neue dito	—	19 1/2	—
Friedrichsd'or	—	13 1/2	13 1/2
Disconto	—	3	4

Pommern den 22. März 1832.

Posener Stadt-Obligationen 4 96 —